

Calmer Calwblatt

Nr. 176.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verlag: Calw, 176. Nr. 2. — Auf Samstagsausgaben kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 0.

Montag, den 1. August.

Bezugpreis: In der Stadt mit Tragelohn 30 Pf., 12.00 Vierteljährlich. Postbezugpreis 30 Pf., 12.00 mit Postgelde. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die erwartete Verständigung zwischen England und Frankreich.

Das Kompromiß.

* Wir haben gleich von Anfang an erwartet, auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich irgendwelche Forderungen zu sehen, denn die Alliierten sind heute mehr wie je auf Geduld und Verdröß aufeinander angewiesen, daß an einen ernstlichen Konflikt, der — und das ist für uns doch wohl die Hauptsache — uns Erschütterungen verschaffen könnte, gar nicht zu denken ist. Im Gegenteil werden derartige Auseinandersetzungen immer auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen, das dabei die Hauptrolle bekommt. Deshalb ist es auch sowohl von Seiten der Regierung wie der öffentlichen Meinung, politisch ungeheuer, wenn man einen der Bundesgenossen gegen den anderen auszuspielen sucht. In unserer Lage ist das praktisch aussichtslos, und das Ergebnis ist dann nur die Wunde des sich beleidigt Fühlenden, wie wir auch in diesem Falle bald sehen werden.

Torelli hat die englische Regierung sich bereit, in Paris wissen zu lassen, daß sie gerne bereit sei, mit Italien und Frankreich zusammen einen Schritt in Berlin zu tun, daß Deutschland sich bereit halten sollte, Truppenverstärkungen, die der Oberste Rat etwa beschließen könnte, so schnell als möglich nach Oberschlesien zu transportieren. Es liegt also ein richtiges Kompromiß vor, denn erstens hat Frankreich nun sich dem von Deutschland vertretenen und von England ebenfalls angenommenen Rechtsstandpunkt gefügt, daß Deutschland nicht verpflichtet sei, französische Truppen ohne Aufforderung der Obersten Rats zu befordern, zum andern aber hat England in Aussicht gestellt, daß es eventuell die französische Forderung nach Truppenverstärkungen unterstützen werde. Zweitens wird also der Oberste Rat tagen, dessen Beschlüsse aber keinesfalls nur durch die „Lage“ in Oberschlesien bestimmt sein werden, sondern in erster Linie von der politischen Gesamtlage, wobei namentlich die Verhältnisse im Orient, in Russland und Asien eine ausschlaggebende Rolle spielen werden. Ob tatsächlich schon in 14 Tagen das Schicksal Oberschlesiens durch Teilung nach der Nationalitätengrenze einerseits und etwaige Neutralisierung des gemischten, also des Industriegebietes andererseits entschieden wird, möchten wir fast bezweifeln, nach der heute in Frankreich zu beobachtenden Stimmung ist eher anzunehmen, daß die Franzosen die Entscheidung nochmals zu hintertreiben versuchen werden. Jedenfalls aber würde sie den deutschen Ansprüchen, die sich auf das „Recht“ des Versailler Vertrags stützen, keineswegs gerecht werden.

England gibt seine Zustimmung zu etwaigen Truppenverstärkungen.

Paris, 30. Juli. Die Agence Havas teilt mit: Der englische Botschafter, Lord Hardinge, hat heute abend dem Ministerpräsidenten Briand dringend verständigen lassen, daß die britische Regierung sehr gern (!) dem Vorschlag Briands zustimme und ihren Botschafter in Berlin beauftragen werde, sich seinem französischen und italienischen Kollegen anzuschließen, um einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen und dieser mitzuteilen, daß sie sich bereit halten soll, auf jede mögliche Weise den Transport der alliierten Truppen, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick erfordern könne, zu erleichtern. Lord Curzon schlägt den 8. August für den Zusammentritt des Obersten Rates vor, weil der italienische Ministerpräsident Bonomi sich nicht früher nach Paris begeben könne. Premierminister Lloyd George werde den Sitzungen des Obersten Rates, die, falls der Wunsch der französischen Regierung dahin gehe, in Paris stattfinden werden, beiwohnen. — Der Ton der englischen Antwort ist sehr herzlich. Der britische Botschafter hat seine lebhafteste Genehmigung darüber ausgedrückt, daß die Mißverständnisse der letzten Tage sich klären.

Lloyd George über die Haltung Englands.

London, 31. Juli. (Reuter.) Bei der Enthüllung eines Kriegsgedenkmals in Thame hielt Lloyd George eine Rede, in der er sagte, er glaube, daß Frankreich und Großbritannien auf dem besten Wege zur Verständigung seien. Die Schwierigkeiten seien beigelegt worden. „Wir erkennen“, fuhr Lloyd George fort, „die größeren Opfer völlig an, die Frankreich einen Anspruch darauf geben, daß seine direkteren Interessen in einigen dieser Fragen Berücksichtigung finden. Das britische Reich hatte nur das eine Interesse, daß der so teuer erkauften Friede ein wirklicher und sofortiger Friede würde. Wenn es so schien, als ob Großbritannien in den europäischen Fragen immer hemmt, immer zur Geduld rief und immer auf Mäßigung bestünde, so geschah es, weil dieser furchtbare Krieg uns den Wert des Friedens gelehrt hat. Sehen wir darauf bedacht, unseren Kindern nicht das Verhängnis eines konzentrierten Hasses zu hinterlassen, der eines Tages ausbrechen kann! Aus diesem Grunde wird die ganze Macht des britischen Reiches, die im August 1914 in den Krieg geworfen wurde, heute in die Waagschale des Friedens geworfen. — Aber nur solange, als es im Interesse Englands liegt.

Französische Stimmen zur Verständigung.

Paris, 31. Juli. Ueber das englisch-französische Kompromiß äußert sich „Deuvre“ befriedigt, empfindet aber doch eine gewisse Beunruhigung und wirft die Frage auf, ob die Vertreter der drei alliierten Großmächte die sachlichen Fragen mit Herzlichkeit in Angriff nehmen würden, nachdem man über eine Formfrage so stark aneinander geraten sei. Es handle sich nicht nur um die oberflächliche Frage, sondern auch um das Problem der Sanktionen und der Reparationen, sowie um den Konflikt im Orient. — „Ere Nouvelle“ bemerkt, Frankreichs Nachbarn seien vielleicht erlaucht gewesen, daß Frankreich auch an seinen Gedanken festhalte und bei Gelegenheit sie entschieden zum Ausdruck zu bringen verstehe. Sei dies das Ergebnis, dann habe man es nicht zu bedauern, denn es scheint doch, daß Frankreich in Verdun sich seine Müdigkeit erlangen habe. — Der sozialistische „Populaire“ vertritt die Meinung, seit gestern sei die Entsendung von Verstärkungen nicht mehr eilig. Im Grunde genommen lägen französische Zugeständnisse vor. Dafür werde England wahrscheinlich dem französischen Prestige die nötigen Gefälligkeiten erweisen. Die Komödie gehe zu Ende; man möge nicht versuchen, sie noch einmal von vorne anzufangen.

Paris, 31. Juli. Die Pariser Morgenpresse spricht sich mit Befriedigung über das Kompromiß aus, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, nimmt es aber mit Zurückhaltung auf. — „Petit Parisien“ schreibt, alle Welt wünsche, daß dieses Kompromiß der Vorboten eines noch vollkommeneren Einvernehmens sei. Gemäß dem Versailler Friedensvertrag handle es sich heute darum, nicht diese oder jene wirtschaftliche oder strategische Theorie in Betracht zu ziehen, sondern auf der Karte das zu beachten, was als der Wille der ober-schlesischen Bevölkerung durch die Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sei. Gewiß müßten die geographischen Erwägungen eine Rolle spielen, aber nur eine untergeordnete. Wenn man sich entschieden an diese Wahrheit halte, sei es wahrscheinlich, daß die Verständigung auf einer Grundlage, ähnlich der, die Graf Sforza vorgeschlagen habe, schnell erzielt werde. — Im „Echo de Paris“ schreibt Berliner, man könne nur sagen, daß man die Fassade gerettet habe. Denn die Frage bleibe bestehen, welche Kontingente nach Oberschlesien geschickt und wenn sie dorthin abgehen werden. Nach seiner Ansicht werde der Oberste Rat nicht nur das ober-schlesische Problem in seiner Gesamtheit erörtern, sondern viel allgemeiner die Haltung festlegen, die Deutschland gegenüber einzunehmen sei. Man werde alles Mögliche tun, um die während des Krieges entstandene engere Verbindung zu retten; aber man werde die größten nationalen Interessen ihr nicht opfern. Die letzte Auseinandersetzung habe in gewisser Beziehung gezeigt, daß man gezwungen sein könnte, seine Zustimmung zu freien Entschuldigungen zu nehmen. Der Augenblick sei gekommen, um die Opfer zu umschreiben, die man für die gemeinsame Sache vom französischen Entgegenkommen nicht erlangen könne.

Paris, 31. Juli. Das „Journal des Debats“ spricht bei einer Betrachtung über das englisch-französische Kompromiß in der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen von einem provisorischen Abkommen. Man müsse sich hüten, dieser Verständigung eine Bedeutung zu geben, die sie nicht habe. Viele Zeitungen schienen zu glauben, daß die Entente aus dieser Krise verstärkt hervorgehe. Das sei unglücklicherweise nicht der Fall. Je mehr man für die Wiederherstellung einer Union zwischen Frankreich und Großbritannien sei, umso mehr müsse ein vollkommener Freimut zur Regel werden; denn die mehr oder weniger aufrichtigen Illusionen führten zu immer neuen Mißverständnissen. Die Episode der letzten 14 Tage hätte Zeugnis für den gesunden Verstand der Staatsmänner abgelegt. Diese mandantierten gegeneinander wie rivalisierende Fraktionsführer in einem Parlament, und da sie des Krieges überdrüssig seien, hätten sie sich auf einer mittleren Formel geeinigt, wie man das bei einer Debatte tue, deren Ende nicht abzusehen sei, wie man eine Tagesordnung annehme, die nicht beendet sei. Das sei kein Grund zum Enthufiasmus. Der Gegenstand des Streits, die Frage der Verständigungen, sei nicht geregelt. In Wirklichkeit habe der „Observer“ recht, der heute sage, es habe sich ein tiefer Konflikt gezeigt in den Ansichten, in den Wünschen, ja sogar in den Interessen. Es zeige sich eine große Differenz in der Politik, ja bis zu einem gewissen Maße ein direkter Konflikt in der Politik.

Französische Auffassung über die englisch-französische Meinungsverschiedenheiten.

Paris, 30. Juli. „Journal des Debats“ spricht im heutigen Leitartikel über die englisch-französische Verhandlungen. Von beiden Seiten sei die Angelegenheit falsch eingeleitet und falsch geführt worden. Das englische Kabinett habe, ohne die sehr ernstlichen Motive zu verstehen, die die französischen Entschlüsse veranlaßten und es Deutschland gestattet, vorübergehend aus der ganzen unglücksvollen Debatte Augen zu ziehen, offenkundig

Unrecht gehabt. Aber auch Frankreich habe mit einer seltenen Ungeschicklichkeit gehandelt. Es habe in den letzten Tagen in der Führung der französischen diplomatischen Aktion Uebereilungen und Schwankungen gegeben. Man könne es nicht verheimlichen, daß die Dinge ernst gewesen seien. So sei es namentlich ein Fehler gewesen, Deutschland vorläufig eine Mitteilung zu machen in dem Augenblick, in dem man sich selbst die Frage hätte vorlegen müssen, ob man die gewünschten Verstärkungen absenden oder der französisch-englischen Entente ein Opfer bringen wolle. Unter diesen Umständen sei es das Vernünftigste gewesen, den ersten Schritt auf dem Wege einer Verständigung zu tun. Nunmehr sei es an der englischen Regierung, den zweiten Schritt zu unternehmen. Das Blatt sagt weiter: Wenn aber der Oberste Rat einmal verammelt sei, dann werde sich ein neuer, noch unangenehmerer Konflikt herausbilden. Damit sich nicht verschlimmere und damit man in der Lage sei, eine rechte Lösung zu finden, sei es notwendig, die Schwierigkeiten schon jetzt ins Auge zu fassen. Die britische Regierung wolle Deutschland fast ganz Oberschlesien übertragen. Nur die beiden Bezirke Rybnik und Plesh sollten den Polen abgetreten werden. Wenn die Engländer Deutschland das gesamte Industriegebiet zusprechen wollten, zeigten sie sich ungerecht gegen Polen. Frankreichs Verbündete müßten sich Rechenschaft ablegen, daß Frankreich in diesem Augenblick nicht nachgeben könne. Vor Erörterung über die Prozedurfragen dürfe Frankreich nicht verhindern, das wirkliche Problem zu erfassen. Ueber diese Frage drohe der gefährlichste Konflikt.

Eine englische Stimme.

London, 30. Juli. Nach der „Westminster Gazette“ erfolgte auf die britische Aktion in Frankreich eine Verständigung zwischen beiden Regierungen, die amtlich als durchaus befriedigend für beide Teile erklärt wurde. Lord Curzon wird am 3. August nach Paris reisen. Balfour wird ihm bei der Konferenz mit den französischen Delegierten beistehen. Auch die Anwesenheit Lloyd George gilt als nicht ausgeschlossen.

Der bevorstehende Kollektivschritt der Entente.

Paris, 1. Aug. Wie Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Briand noch vorgestern abend dem französischen Botschafter in Berlin Befehle gegeben und ihn aufgefordert, sich mit seinem englischen und italienischen Kollegen über einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu verständigen, um ihr mitzuteilen, daß sie auf jede Weise die Beförderung alliierter Truppen durch Deutschland erleichtern möchte, deren Entsendung die Lage in Oberschlesien jeden Augenblick nötig machen könne. Es sei wahrscheinlich, daß dieser Kollektivschritt nicht vor Montag unternommen werden würde.

Nochmalige Betonung des deutschen Standpunktes in der Truppenverstärkungsfrage.

Berlin, 30. Juli. Der „Temps“ veröffentlicht den Inhalt einer angeblichen neuen deutschen Note in der ober-schlesischen Frage. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich hierbei nicht um eine neue Note der deutschen Regierung, sondern lediglich um einen Brief, in dem noch einmal die deutsche Regierung erklärt, daß nach dem Friedensvertrag Deutschland nur verpflichtet ist, einem Ersuchen um Beförderung von Truppentransporten nach Oberschlesien stattzugeben, wenn diese Forderung vom Obersten Rat gestellt wird.

Das Arbeitsprogramm für die Tagung des Obersten Rates.

Paris, 31. Juli. Nach einer Mitteilung der Havasagentur wird die Tagung des Obersten Rates jedenfalls 8—10 Tage dauern. Die Tagesordnung sei überlastet. Man könne annehmen, daß die alliierten Staatsmänner sich auch mit der russischen Hungersnot beschäftigen würden. Endlich wäre es, wie es in der Mitteilung heißt, sehr überraschend, wenn die Orientfrage nicht angeschnitten würde.

Paris, 31. Juli. Wie Havas meldet, hat im Laufe des gestrigen Abends der englische Botschafter in Paris amtlich die Annahme des Kompromisses durch seine Regierung bestätigt, das einen Gesamtschritt in Berlin zur Regelung der Frage der Verstärkungen durch den Obersten Rat betrifft. Der Oberste Rat werde also am 8. August in Paris zusammentreten, da der italienische Ministerpräsident nicht früher abkommen könne. Lloyd George werde der Sitzung persönlich beiwohnen. Belgien werde eingeladen werden, und Amerika werde einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Die Konferenz werde in erster Linie die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen, sowie die Teilung des Abstimmungsgebietes zu regeln haben. Die Kriegsbeschädigtenfrage werde sehr wahrscheinlich auch geprüft werden. Die Frage der Reparationen werde in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich nicht ins Auge gefaßt werden, da die alliierten Finanzminister gleich nach der Konferenz gewisse technische Fragen zu regeln hätten, wie die Ber-

Calw. 31. ds. Mts., 11 Uhr. Tafel. Der Turnrat. Einladung. 31. Juli 1921. 2 Uhr. in Zavelstein. „Christen“. Lager empfehlen wir. 1928 ausgeschlossen. von 99%. prompt lieferbar. Brennsprit, Motoren-Oele, prompt lieferbar. Calw. Nr. 42. Erhebung.

teilung der bereits von Deutschland bezahlten Entschädigungssumme, der Befahrungskosten usw. Ein Hauptpunkt, die Aufrechterhaltung der drei Londoner Sanktionen: Besetzung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf, die Zollsperre am Rhein und die Ausfuhrabgabe, werde bestimmt angeordnet werden; doch gehe die allgemeine Meinung dahin, daß Entschädigungen darüber der Garantiekommision überlassen werden sollen, die die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen hat.

Zur auswärtigen Lage.

Schließung der Danziger Gewerkschaft.

Danzig, 30. Juli. Die Danziger Gewerkschaft ist auf Beschluß des Völkervertrages heute geschlossen worden. Infolgedessen sind gegen 1300 Arbeiter, Angestellte und Beamte entlassen worden. — Der „Frei-Staat“ Danzig steht nämlich unter dem „Schutze“ Polens, also braucht er keine Waffen herzustellen.

Die amerikanische Friedensschlußkomödie.

Paris, 31. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ liegen in Washington Anzeichen vor, daß sich Präsident Harding in der Frage der Herstellung des Friedens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schneller entschließen werde, als die allgemeine Meinung sei. Obwohl der Generalanwalt keine Ansicht noch nicht dahin geäußert habe, daß die Proklamation notwendig sei, werde angenommen, daß der Präsident sich überzeugt habe, daß sie erlassen werden soll.

Um die deutschen Kabel.

Washington, 30. Juli. Staatssekretär Hughes gab die Erklärung ab, daß das ehemalige deutsche Kabel zwischen den Inseln Guam und Day wahrscheinlich den Ver. Staaten zugeteilt werden würde. — Also hat Japan auch hier nachgegeben. Man sieht, die Amerikaner lassen sich so nach und nach ihre letzten Absichten immer schärfer erkennen.

Vorausichtliche Verschiebung (?) der Washingtoner Konferenz.

Paris, 30. Juli. Der Washingtoner Berichterstatter der „New York Tribune“ teilt mit, daß der britische Votschafter und sein japanischer Kollege dem Staatssekretär Hughes einen Besuch abgestattet haben, um ihn zu ersuchen, die von Präsident Harding einberufene Konferenz zu vertagen. Nach gewissen Andeutungen scheint es, daß die amerikanische Regierung vielleicht gezwungen sein wird, die Konferenz bis zum nächsten Frühjahr aufzuschieben.

Washington, 30. Juli. Staatssekretär Hughes erklärte mit dem britischen und dem japanischen Votschafter und dem italienischen Geschäftsträger die Zeit für den Beginn der Abrüstungskonferenz. Großbritannien bevorzugt ein Datum nach dem 11. Nov. Frankreich wünscht den Beginn am Ende des Jahres, Japan betont, daß die Wahl eines baldigen Zeitpunktes seinen Interessen nachteilig wäre.

Die englisch-amerikanischen Besprechungen.

Paris, 31. Juli. Wie „New York Herald“ aus London berichtet wird, hält man es für möglich, daß Lloyd George sich demnächst nach Amerika begeben werde. Die Reise steht angeblich mit der Tätigkeit Northcliffe's in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang. Als Vorwand werde dienen, daß die Premierminister der Dominions vor ihrer Heimkehr mit Staatssekretär Hughes und Präsident Harding sich über die japanische Frage zu besprechen wünschten.

Ausland.

Crispian in Paris.

Paris, 1. Aug. Bei der vorgestern Abend von der sozialistischen Partei abgehaltenen Gedächtnisfeier für Jean Jaures sprach namens der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie der Reichstagsabgeordnete Crispian. Seine Rede fand Beifall.

Russische Aufträge für Desterreich.

Wien, 30. Juli. Wie die „Rote Fahne“ erzählt, ist der Vertreter Sowjetrußlands in Wien, der heute aus Moskau zurückgekehrt ist, ermächtigt worden, mit der Eisenindustrie Oesterreichs wegen Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen für Rußland Verträge abzuschließen.

Auswanderung aus dem Wolgagebiet.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Wien gemeldet: Berichte aus Moskau zufolge befinden sich etwa 6 Millionen Auswanderer aus dem Wolgagebiet unterwegs nach Moskau. Am 20. Juli erreichte eine große Masse Tambow. Dort wurden die Geschäfte und Magazine geplündert, die Pferde der dortigen Feuerwehr und der Kavallerie geschlachtet und an Ort und Stelle verzehrt.

Der Kampf der südslawischen Regierung gegen den Kommunismus.

Graz, 30. Juli. Die „Grazer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Nachdem alle 50 Mandate der kommunistischen Abgeordneten für nichtig erklärt worden sind, werden bereits die Vorbereitungen für die Ersatzwahlen getroffen. Die Kommunisten werden von allen öffentlichen Ämtern und den Gemeinderäten ausgeschlossen. Alle Beamte, die in der kommunistischen Partei organisiert sind, werden aus dem Staatsdienst entlassen.

Deutschland.

Die Gewerbesteuerkrisis im sächsischen Landtag.

Dresden, 30. Juli. Im Landtag gab gestern der Minister des Innern, Lipinski, eine Erklärung über die Ablehnung der Steuervorlage der Regierung durch eine aus den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten bestehende Mehrheit ab. Der Minister sagte, ohne Grund- und Gewerbesteuer sei keine Verwaltungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Die Regierung würde es begrüßen, wenn der Landtag sich, wie die Verfassung vorsehe, durch eigenen Beschluß auflöse und so das Volk selbst entscheiden lasse. — Die auf diese Erklärung folgende Debatte brachte keine Klärung der Lage. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, nach dem die Regierungsvorlage noch einmal an den Sonderausschuß zurückverwiesen wurde. Das Haus beschloß ferner, die Einsprüche des Reichsfinanzministers gegen die sächsische Besoldungsvorlage vor das Reichs-

Ämterliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Betreff: Schrotmühle.

Gemäß Verfügung des Ernährungsministeriums vom 23. Juli 1921 (Staatsanzeiger Nr. 170 vom 25. Juli 1921) werden die Bestimmungen über den Verkehr mit Schrotmühlen mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Demnach ist die Anpreisung, der Verkehr und die Benützung von Schrotmühlen jeder Art, auch der mit Sichtvorrichtung versehenen, wieder erlaubt.

Calw, den 27. Juli 1921.

Oberamt: G. S.

Schiedsgericht zu bringen. Der Landtag vertagte sich sodann bis September.

Eisenach wünscht Anschluß an Preußen.

Berlin, 29. Juli. In der Frage des Anschlusses des Eisenacher Landes an die Provinz Hessen-Nassau sprach eine Abordnung aus Eisenach beim preussischen Minister des Innern vor. Der Minister verwies die Erschienenen auf Art. 18 der Reichsverfassung, der allein die Voraussetzungen regelt, unter denen Gebietsveränderungen der Länder erfolgen könnten. Das Schwerkgewicht liege hierin im Willen der beteiligten Bevölkerungskreise. Bereits die frühere preussische Regierung habe gelegentlich einer kleinen Anfrage in der Landesversammlung im Oktober 1920 erklärt, daß, falls von thüringischer Seite der Wunsch einer wirtschaftlichen oder politischen Angleichung an Preußen geäußert werde, die preussische Regierung über die Erfüllung solcher von breiten Bevölkerungsmassen getragenen Wünsche kein Hindernis in den Weg legen werde.

Mahnahmen gegen Wettbüros.

Berlin, 30. Juli. Bei polizeilichen Durchsuchungen, die gestern auf Anordnung des Finanzamts in den Geschäftsräumen mehrerer neugegründeten Sportbanken und Wettbüros stattfanden, wurden neben Büchern und Schriftstücken, Summen, die sich auf etwa 12 Millionen Mark belaufen, mit Beschlagnahme belegt. Diese Gelder sind zunächst zur Deckung angeblich bisher noch nicht gezahlter Kapitalertragssteuerbeiträge sichergestellt worden.

Schließung einer Spielhölle.

Bad Harzburg, 29. Juli. Die mit Genehmigung des braunschweigischen Staatsministeriums im hiesigen Kasino eröffnete Spielbank hat ihren Betrieb wieder einstellen müssen, da verschiedene Personen, die größere Summen verloren hatten, Anzeige wegen Fallspiels erstatteten. Untersuchung ist im Gange. — Warum werden derartige Einrichtungen überhaupt genehmigt?

Bestrafte Geldhämsterei.

Aus der Altmark, 28. Juli. Vor einiger Zeit erschien auf dem Finanzamt in G. ein blöderer Steuerzahler, um seine Steuern in Höhe von 20 000 Mark zu zahlen. Er zahlte die Summe in lauter 50 Mark-Scheinen auf. Der Finanzbeamte machte ihn jedoch darauf aufmerksam, daß sämtliche Scheine bereits seit längerer Zeit verfallen seien. Am als Zahlungsmittel noch zu gelten, hätten die Scheine müssen bald aus ihrem Verkehr hervorgezogen werden.

Ausschreitung fireikender Kartoffelkautscher.

Berlin, 1. Aug. Streikende Kartoffelkautscher überfielen am Berliner Nordbahnhof Händler und Geschäftsleute, die dort Kartoffeln abtransportieren wollten. Sie fielen den Pferden in die Bügel und rissen zum Teil die Führer der Wagen von den Sigen. Einige Kartoffelsäcke wurden von den Streikenden von den Wagen heruntergeholt und der Inhalt zertreten. Erst nachdem die Polizei Verstärkungen erhalten hatte, konnten die Wagen mit den Kartoffeln unter polizeilicher Bedeckung abfahren.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. August 1921.

„Eine Welt für sich“.

Der Weg, der jedem offen steht, und den man leicht und frohlich geht, der Weg, der rein das Herz erhält, der führt in die Kinderwelt.

Da, wo Württemberg, Baden und Hohenzollern zusammenstoßen, befindet sich auf einem Hochplateau badischen Gebiets der Heuberg, ein ehemaliger Truppenübungsplatz. Treue Kinderfreunde haben es verstanden, mit freudigem Herzen und aufopfernder Liebe Licht und Wärme in diese öden Mauern hineinzutragen und das Lager in ein sonniges Kinderland zu verwandeln. Dort oben, wo der Wind immer frisch weht und bei der großen Höhe wohlwollend wirkt, haben Tausende unserer erholungsbedürftigen Kinder neue Kräfte gesammelt und den Frohsinn geholt. Und kommt man hin, so ist's ein Singen und Klängen im ganzen Dorf vom frühen Morgen bis in den Abend hinein. Es ist eine abgeschlossene Welt — eine Welt für sich — fern von allem Getriebe der hastenden sich aufreibenden Menschheit. Eine glückliche beneidenswerte Welt! Diesen Eindruck erfleht man vorgestern Abend im Lichtbildervortrag, den der Vorsteher des Jugendamts Stiefel mit herzlichen Worten vor zahlreichen Besuchern im Saal des „Badischen Hofes“ hielt. In ungefähr 70 Bildern zeigte und schilderte Herr Stiefel das Leben der Kinder im Erholungsheim Heuberg, dieser großartigen Einrichtung auf sozialem Gebiet. Das Jugendamt vermittelt die Entsendung der erholungsbedürftigen Kinder nach dem Heuberg. Von ganz besonderem Interesse war der Vortrag für diejenigen, die im Begriffe sind, ihre Kinder hinauszuschicken, aber auch nicht minder gespannt lauschten die übrigen Besucher. Auch diejenigen, die dem Vortrag nicht haben beizuwohnen dürfen, soll die kurze Schilderung einen Einblick in das Unternehmen gewähren. An der Spitze des Ganzen steht der Leiter, der große Kinderfreund Dr. Casper, ihm zur Seite drei Ärzte und die Haus- und Familienmütter. Es geht alles Hand in Hand. Es gibt keinen Unterschied zwischen reich und arm, vornehm und gering, evangelisch oder katholisch. Die forgenbe aufopfernde Liebe will alle Unterschiede ausgleichen. „Schließen“ ist der Wunsch des ganzen Heims, und ein freundlicher Geist herrscht unter allen. Mit ruhigem Herzen dürfen die Eltern ihre Kinder hinauszugehen lassen, denn für ihr geistiges und Leibliches

Wohl ist gut gesorgt. Einfach aber nachhaft ist das Essen; das ist auch ganz wunderschöne Dinge gibt, bezeugte die lebhafteste Zustimmung der Kinder beim Verlesen des Speisezettels. Es ist anzunehmen, auf dem Heuberg 250 bis 300 aufnehmen dürften. 15 Kinder mit einer „Mutter“, Tante genannt, bilden eine Familie. Die Familienmutter nimmt mit den Kindern die Mahlzeiten ein und schläft auch mit ihnen. Jedes Kind hat sein „eigenes“ Bett, einen Kasten für seine Habseligkeiten und eine Waschküchle. Zwei Familien benötigen ein Wohnzimmer. Mehrere Familien sind in einem Hause untergebracht, an deren Spitze die Hausmutter (für die auch eine Stellvertreterin da ist), steht. Von allen Gegenden kommen die Kinder hier zusammen. Von Stuttgart aus, dem Hauptstammort, der auf dem Heuberg zu entsendenden Kinder, werden sie in Sonderzügen bis an die Station Storzlingen geleitet. Von dort werden sie von ihren „Müttern“ abgeholt, und dann geht's mit Zug und Koffer ins Kinderland hinein. Wer eine Welle dem Zellen hat zwischen dürfen, der hat wohl den Geist der Liebe und Freundschaft gespürt, der dort alle überflutet. All die abwechslungsreichen Bilderzügen aus dem Kinderleben zogen am Auge des Zuschauers vorüber. Ein tiefer Dank sei nun zum Schluß hier ausgesprochen, an den Vortragenden, der auch anderen es möglich gemacht hat, einen Blick in diese „Welt für sich“ zu tun. Auch der Leiter sei gedankt, die zur Erbauung des Heuberg ihre Schlichterkräfte zur Verfügung gestellt haben. Möchte der Wunsch, den sich der Heuberg zu eigen gemacht, auch in unseren Herzen wiederzuklingen!

Freigabe des Grenzviehverkehrs.

Durch eine Verfügung des Ernährungsministeriums mit der Viehverehr zwischen dem Wirtschaftsgebiet Württemberg-Hohenzollern und den anderen deutschen Gebietsteilen auf 1. August d. Js. freigegeben. Auch Bayern hat die Freigabe verfügt. Viehhandelschein und Viehgerauslaufschein, die in württembergische Gebiete ausgeföhrt sind, gelten in Bayern nach wie vor nur für Viehmärkte und für den Verkehr beim Viehhändler.

Bezirksziegenzuchtverein.

Die von dem Bezirks-Ziegenzuchtverein Calw am letzten Samstag veranstaltete Bod- und Ziegenchau kann als wohlgefallen bezeichnet werden. Es wurden zugeführt 5 Böcke, etwa 60 Ziegen und 20 Lämmer. Als Preisrichter waren Herr Zech von Freudenstadt, Geschäftsführer des Verbandes der würtl. Ziegenzüchtervereine, sowie ein Vertreter von der Landwirtschaftskammer in Stuttgart, tätig. Die Kritik dieser hohen laute dahingehend: Das Bodmaterial ist befriedigend, jedoch muß bei Kennzeichnung noch bessere Auswahl getroffen werden. Die zugeführten Ziegen befriedigten sehr gut. Es waren aber auch wirklich hervorragende Tiere zu sehen, und so konnten auch dementsprechend Preise vergeben werden. Für Böcke: 1 ersten, 3 zweite und 1 dritte. Für Ziegen: 1 erste, 19 zweite und 11 dritte, sowie für Lämmer 3 erste und 7 zweite. Im ganzen wurden an Preisen über siebenhundert ausgegeben. Der Bezirks-Ziegenzuchtverein könnte das aus eigenen Mitteln nicht ausführen. Es wurde möglich gemacht durch einen namhaften Beitrag des landwirtschaftlichen Bezirksvereins und des Kommunalverbandes, sowie der Stadt Calw. Hiesige ist auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Möge der Zweck der Veranstaltung erreicht werden sein: Hebung und Förderung der Ziegenzucht im Bezirk.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Leichte Störungen machen sich wieder von Westen her geltend. Am Dienstag und Mittwoch ist gewittertes und warmes Wetter zu erwarten.

(S. W.) Leonberg, 30. Juli. In der Nacht zum Samstag brach in der alten Stöcker'schen Fabrik, in der zurzeit eine Kisten- und Holzwarenfabrik untergebracht ist, Feuer aus, das das ganze Anwesen in kurzer Zeit in Asche legte. Auch die in einem Nebenbau untergebrachte Briefordnungsfabrik löblich wurde ein Opfer der Flammen. Die Maschinen wurden dort durch das Eingreifen der Feuerwehr größtenteils gerettet. Der Schaden ist groß, die Brandursache unbekannt.

(S. W.) Zuffenhausen, 30. Juli. Eine ältere Frau, die bei einem hiesigen Landwirt vorübergehend über die Ernte beschäftigt war, erlitt auf dem Felde einen Hirschschlag und war sofort tot.

(S. W.) Heub., 30. Juli. In einer gestern abgehaltenen Sitzung hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, der Landesbauernschaft der Finanzbeamten für 6 hier zu erhaltende Beamtenwohnungen den ortsüblichen Nebenerwerbssubjekt von je 5000 Mark für die Wohnung als unverzinsliches Darlehen auf 20 Jahre zu gewähren.

(S. W.) Freudenstadt, 30. Juli. Die Eingemeindung des Friedrichsals soll in kommender Woche in einer Sitzung von Gemeinderäten in Anwesenheit von Ministerialrat Dr. Michel beraten werden. Der Gemeinderat beschloß mit einem Kostenaufwand von 550 000 M. eine Umgestaltung des Elektrizitätswerks durch Anschaffung eines zweiten Uniformers und Umwandlung der Gleichstrommotoren in Drehstrommotoren.

(S. W.) Tübingen, 30. Juli. In Bötlingen stand an den Folgen eines Hirschschlages Frau Ade, in Weller Franz Schöps in Ergenzingen die Frau des Küfers Döfninger und in Waiblingen der Kaufmann Weiß aus Hailfingen.

(S. W.) Debingen, 30. Juli. Drei tödliche Hirschschläge ereigneten sich am Donnerstag innerhalb weniger Stunden in der näheren Umgebung Debingens. In Mörzig ist der Arbeiter L. Claus von Mistlau ein Opfer der außerordentlichen Hitze geworden. Von Unterschöben wurde gegen Mittag Gutshel, Fr. Karle und von der Arbeit auf dem ungenutzten Bürgweg abgeh. Fr. Frank von hier bewußtlos dem Bezirkskrankenhaus zugeführt. In allen drei Fällen trat unmittelbar im Anschluß an die Bewußtlosigkeit der Tod ein. Außerdem hört der hiesige loyale Bote von mehreren nicht tödlich verlaufenen Fällen, die sich im Bezirk ereigneten.

Der S.

In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung des sächsischen Landtags am 30. Juli 1921. Der Landtag gab gestern der Minister des Innern, Lipinski, eine Erklärung über die Ablehnung der Steuervorlage der Regierung durch eine aus den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten bestehende Mehrheit ab. Der Minister sagte, ohne Grund- und Gewerbesteuer sei keine Verwaltungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Die Regierung würde es begrüßen, wenn der Landtag sich, wie die Verfassung vorsehe, durch eigenen Beschluß auflöse und so das Volk selbst entscheiden lasse. — Die auf diese Erklärung folgende Debatte brachte keine Klärung der Lage. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, nach dem die Regierungsvorlage noch einmal an den Sonderausschuß zurückverwiesen wurde. Das Haus beschloß ferner, die Einsprüche des Reichsfinanzministers gegen die sächsische Besoldungsvorlage vor das Reichs-

Der Etat der Stadt Calw.

In der am Donnerstag unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß... Der Vorstand führte in seinem einseitigen... Die Verwirrung in den Gemeindefinanzern begann sich... Die Revision der Gewerbesteuer... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt...

Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt...

Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt...

Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt... Die Veranschlagung der Ausgaben für die Stadt...

dem werden von vielen Eltern die Vermittel selbst angeschafft. Die Armenpflege hat eine Einnahme von 31381 M., eine Ausgabe von 68455 M., somit einen Abmangel von 37074 M. Es sind gegenwärtig 10 Pflegekinder in Irrenanstalten mit einem Aufwand von 31500 M. Ueber den Etat des Hoch- und Tiefbaus ist schon bei der Einzelberatung dieser Posten berichtet worden. Zu bemerken ist, daß die Stadt 49 Haupt- und Nebengebäude besitzt. Die Verbesserung und Erneuerung der Schwedengänge erfordert 9000 M. Diese Posten wird wohl zum letzten Male im Etat erscheinen, da das neue Ortsbaustatut diese Beträge an die Einwohner der Schwedengänge abwälzen wird. Für den Friedhof sind weitere 5000 M. vorgesehen zur Ausbesserung der Mauer zwischen dem unteren und mittleren Teil des Friedhofes. Bei dieser Gelegenheit wird eine Zuschuß von Handelsdirektor Zügel über die Notwendigkeit der Beschönerung und Bewalzung eines Teils der Panoramstraße mitgeteilt. Nach eingehender Beratung wird das Gesuch wegen Unausführbarkeit abgelehnt. Die Arbeiten für den Hochbau erfordern 102800 M., für den Tiefbau 180180 M., zusammen 282980 M. — Beim Gaswerk ist eine Erzeugung von 350000 cbm (wie in Friedenszeiten) vorgesehen. Abzüglich des Verlustes von etwa 16 % verbleiben zum Verkauf 292700 cbm, darunter für die Stadt 262000 cbm. Gas ergibt eine Einnahme von 412155 M., Kohle 200000 M., Teer 39000 M. (ist im Preis sehr zurückgegangen); die Installationen, die nur noch einen kleinen Betrag einbringen, sollen in Zukunft ganz wegfallen. Die Summe der Einnahmen beträgt 676202 M. (das 10fache der früheren Höhe), die der Ausgaben, darunter 240000 St. Kohlen mit 504000 M., zusammen 724492 M.; es ergibt sich somit ein Abmangel von 48290 M. Der große Gasverlust von 16 % rührt in der Hauptsache aus schlechten Leitungen und hauptsächlich aus alten Gasmessern her. Bei einer Probe hat es sich gezeigt, daß es Gasmesser gibt, die bis zu 50 % zu wenig angeben. Alle diese Gasmesser müssen durch neue ersetzt werden. Die Verluste zeigen sich auch in anderen Gaswerken, ihre Ursache scheint noch nicht ganz aufgeklärt zu sein. — Das Wasserwerk ergibt 55400 M. Einnahmen und 78958 M. Ausgaben, somit einen Abmangel von 23558 M., der durch eine außerordentliche Wassereinsparung gedeckt wird. — Beim Elektrizitätswerk betragen die Einnahmen 640528 M., die Ausgaben 637526 M.; es ergibt sich ein Ueberschuß von 3002 M. Für den Elektrizitätsverbrauch der Pumpanlage im Elektrizitätswerk sind 35000 M. für die Erweiterung der Hauptleitung an der Begelsleife 11000 M. vorgesehen. — Der Vorschlag der Volks- und Mittelschulen sieht vor an Einnahmen 206008 M., an Ausgaben 267108 M., somit einen Abmangel von 61100 M. Beim Realprogymnasium und der Realschule ergaben sich 194432 M. Einnahmen, 254390 M. Ausgaben, der Abmangel beträgt 59958 M. Die Gewerbesteuer hat eine Einnahme von 26710 M., eine Ausgabe von 48430 M. und einen Abmangel von 21720 M., die Frauenarbeitschule eine Einnahme von 46711 M., eine Ausgabe von 56435 M. und einen Abmangel von 9724 M. G. R. A. i. e. regt eine Ausstellung von Arbeiten der Schülerinnen an, damit man sich ein Bild von der Tätigkeit der Schule machen kann. Bei der Zusammenstellung des ganzen Haushalts ergeben sich 1612307 M. Einnahmen, 2306265 M. Ausgaben, somit beträgt der Abmangel 693958 M. An Einnahmen sind zu nennen Pachtzins 34200 M., aus Waldungen 710000 M., Schafweide 4000 M., Hundesteuer 10000 M., Anteil an der Reichsmatrosensteuer 53000 M. (der Vorsitzende und G. R. Scholl halten diesen Betrag für sehr niedrig), an Ausgaben auf Gebäude 102800 M., für das Scholterwerk 50000 M., für Holzbaueinlöse 70000 M., für Anlage von Waldwegen 30000 M., für Anstaltsverpflegungsumlage 150000 M., für Tagelöhner, Diäten und Reiseflosten des Gemeinderats 5000 M., für Schreibmaterialien, Bücher und Zeitungen 25000 M., für Pensions- und Versicherungsbeiträge 47000 M., für die landwirtschaftliche Winterschule 15700 M., für die Badeanstalt 5000 M., für Höhe der Stadt, Arbeiter 150000 M., für Straßenmaterial 32500 M., für Fortkommung 6000 M. und für Straßenbeleuchtung 50000 M. Der Abmangel von 693958 M. soll gedeckt werden 1) durch die Erhebung einer Gemeindevollsteuer von 35 % aus 950000 M. Steuerkapital mit 332500 M., 2) aus dem Anteil der Reichsneulandsteuer mit 321500 M. und durch einen Zuschuß aus dem Ausgleichsloos mit 40000 M. Die verfügbaren Mittel sind aufgebraucht; dagegen betragen die verfügbaren Mittel bei den einzelnen Fonds zusammen 172060 M. Der Schuldenstand der Stadtpflege beträgt 1019623 M., der des Gaswerks 187568 M., des Wasserwerks 56232 M. und des Elektrizitätswerkes 214589 M., somit der Gesamtschuldenstand für sämtliche Verwaltungen 1478012 M. Für die 3 neuen Anleihen ist folgende Tilgung vorgesehen: Für 200000 M. für Jährl. beim Elektrizitätswerk 10 Jahre, für 170000 M. für Kanalisation 5 Jahre und für 60000 M. für Wohnungseinbauten 15 Jahre. Die jährliche Tilgungssumme beträgt 5500 M.; die letzte Tilgung erfolgt im Jahre 1935. — Der ganze Etat und sämtliche Anträge des Vorsitzenden werden einstimmig angenommen. — Zum Schluß bringt G. R. Stauber noch einen Artikel der 'Württembergischen Zeitung' zur Sprache. Der Artikel enthalte große Unrichtigkeiten und vertrete eine böswillige und gehässige Ansicht. Der Vorsitzende pflichtet diesen Ausführungen bei und ebenso diejenigen Mitglieder, die die Korrespondenz gelesen haben. Auch wird noch angefügt, daß frühere Artikel aus Calw in der 'Welt-Zeitung' tendenziös gefärbt seien. Der Gemeinderat nimmt mit Bedauern von diesen böswärtigen Einseitigkeiten Kenntnis.

Landtag. (S. 2.) Stuttgart, 29. Juli. Die Krisenstimmung im Landtag hatte heute einer ruhigeren Auffassung Platz gemacht, sodas die Verhandlungen ohne weitere Störungen zum Abschluß gebracht werden konnten. Scheff (D.D.P.) hatte Wiederherstellung der Regierungsvorlage bei der 2. Beratung des 7. Nachtragsetats beantragt und von der ganz unbedeutenden Wirkung der Steuererhöhungen gesprochen, die die Revision des Gewerbesteuergesetzes angefangen und sich zwei Nützen des Präsidiums zugezogen, als er der Rechten Seherel und demagogisches Gift vorwarf. Der Finanzmi-

nister Dießing hatte nochmals in breiter Rede seinen Standpunkt vertreten, Körner (D.D.) sich gegen die Verquickung des Pfarverbodungsgesetzes mit den neuen Steuern verwahrt und verlangte, man solle lieber im Etat selbst sanieren, wo das Arbeits- und Ernährungsministerium allein 61 Millionen koste, statt an die Bewilligung von 8 Millionen Deckungssteuern die Existenz unseres ganzen Finanzwesens zu hängen. Er mußte sich dabei 'König der Buchhalter' schimpfen lassen. Dann aber wurde bei der namentlichen Abstimmung der Scheffsche Antrag nebst der Erhebung einer erhöhten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit 34 Nein der Rechten und der äußersten Linken und 16 Enthaltungen der Sozialdemokratie gegen 34 Ja des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei abgelehnt und die 100 Millionen-Forderung zum Wohnungsbau, desgleichen die Sportelerhöhung auch in 3. Lesung samt den dafür vorgesehenen Deckungsvorlagen angenommen. Der Finanzminister beschwerte sich über den Ausfall der namentlichen Abstimmung und Keil (Soz.) wollte nunmehr die 3. Lesung des Pfarverbodungsgesetzes von der Tagesordnung abgelehnt wissen, weil die dafür vorgesehene Deckung abgelehnt war. Nach lebhafter Debatte wurde aber die Vertagung gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Scheff (D.D.P.) erklärte für seine Partei, daß sie für das Pfarverbodungsgesetz stimme, das denn auch in namentlicher Abstimmung mit 57 Ja der Rechten und der Mitte gegen 24 Nein der Sozialdemokraten und äußersten Linken angenommen wurde. Das Zentrum brachte in einer Erklärung sein Bedauern zum Ausdruck, daß der Antrag auf Gleichstellung der katholischen und evangelischen Geistlichen wieder abgelehnt wurde und verlangte Parität für die Zukunft. Nachdem noch das Schulgesetz in 3. Lesung angenommen war, wurden 30 Millionen Mark für die Beteiligung des Staates an der Neckar-Münzgesellschaft gegen die Stimmen des V.D. und bei Stimmenthaltung der D.P. bewilligt. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich nicht vor Anfang Oktober stattfinden.

Anfragen und Antworten im Landtag.

Frau Abg. Loh (D.P.) hat im Landtag eine Anfrage wegen Einmachzucker eingebracht und darauf hingewiesen, daß den Weinbauverbänden zur Herstellung von Hausbrand und zur Weinverbesserung erhebliche Mengen Zucker zur Verfügung gestellt werden. Auch die Frauenausschüsse Chni und Pfand (D. d. P.) haben wegen der Verteilung von Einmachzucker eine kleine Anfrage eingebracht. — Auf die kleine Anfrage des Abg. Dr. Egelhaaf (D. V.) über die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer hat der Kultusminister eine schriftliche Antwort erteilt, in der es u. a. heißt: Die Fassung der Bestimmung über die Unterrichtsverpflichtung ist im Lehrverrat beraten und von diesem nicht beanstandet worden. Es ist nicht zu befürchten, daß durch diese Bestimmungen die Lehrer keine Kraft mehr für andere Arbeit literarischer oder wissenschaftlicher Art übrig behalten. Die ordentliche Unterrichtsstundenzahl ist gegenüber früher nicht erhöht worden. Wenn die Bedürfnisse der Schulen es erfordern, werden die Lehrer über die ordentliche Stundenzahl hinaus zum Unterricht herangezogen, ohne daß in allen Fällen eine besondere Vergütung gewährt wird. Eine schädliche Ueberspannung der dienstlichen Anforderung an die Lehrer ist aus dieser Regelung nicht zu befürchten.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung. Mindestens 80 % gegen die Simultanfchule. Eine Erwiderung für die Freunde der Simultanfchule. Mit großem Interesse las ich in den letzten Tagen die Auseinandersetzungen über die Simultanfchule und über die evangl. Schule. Ueber diesen so wichtigen Fragen kann es keinen Familienrat gleichgültig lassen, handelt es sich doch in erster Linie um unser teuerstes Gut, um die Schulung und Erziehung unserer von Gott anvertrauten Kinder. Es tut mir im Herzen furchtbar wehe, daß seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges an allen bestehenden Ordnungen gerüttelt wird und daß sich auch ein Teil unserer Lehrerschaft dazu hergibt, das namenlose Elend, das in den letzten Jahren über uns gekommen ist, um ein gutes Teil zu vergrößern. Wie hatten wir's doch in unserem wohlgeordneten Kaiserreich in dieser Beziehung so gut, da galten unsere Schulen als Musterfchulen, und wurden nicht als Zwergschulen in den Staub gezogen.

Wenn nun in den letzten Tagen im 'Calwer Tagblatt' ausgesprochen wurde, daß bei richtiger Auffassung fast alles dem neuen Schulsystem zuzuschreiben werde, so möchte ich hierzu bemerken: Ich bin der Ueberzeugung, daß wenn alle Eltern darüber aufgeklärt sind, daß ihre Kinder in der Simultanfchule, die doch nur ein Nebenzweig für die weltliche Schule sein kann, kein Schulgebet mehr sprechen, keinen Hildespruch mehr lernen, kein Gesangbuchlied mehr singen können und in der Schule nicht mehr auf die Allwissenheit und strafende Gerechtigkeit Gottes für begangenes Unrecht aufmerksam gemacht werden, daß dann mindestens 80 Prozent aller Eltern gegen die Simultanfchule stimmen und daß unsere Lehrer, die für die Simultanfchule schwärmen, in keiner Weise den Volkswillen zum Ausdruck bringen. Ich sehe den Paragraphen im Reichsgesetz, der den Willen der Erziehungsberechtigten sichert, so an, daß Gott unserer Gesetzgebung die Hand geführt hat, sonst hätten die Eltern bald gar nichts mehr zu sagen und müßten sich in Bezug auf die Erziehung ihrer Kinder einfach vergeblichen lassen.

Ich schließe deshalb mit einem herzlichen Ruf an alle Eltern: Laßt Euch die Neugestaltung unserer Schule keine gleichgültige Sache sein, helft mit, daß unsern Kindern die evangelische Schule erhalten bleibt, in der sie wie früher die schönen Sprüche und Lieder lernen dürfen, welche Tausende auf den Krankenbetten und auf den Schlachtfeldern als ein heiliges Vermächtnis geschätzt haben und in dessen göttlicher Kraft unsere Märtyrer mit Freuden ihr Haupt auf den Richtblock gelegt haben. Wir haben unserem Gott gegenüber eine heilige Verantwortung, darum schließen wir uns zusammen unter der Losung: Unsern Kindern die evangelische Volksschule! Das wolle Gott. C. W. K.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der W. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Hiesau, den 1. August 1921.
Statt Karten.
Dankfagung.



Für die uns gewordene Teilnahme sagen
herzlichsten Dank
Familien List, Beerl, Raecher.

Nichthalben.

Die Straße von Nichthalben bis Oberweiler
ist infolge des Straßenbaues
vom 1. August ds. Js. an bis auf weiteres
für schwere Fuhrwerke gesperrt.
Schultheißenamt.

Dr. Mezger
ist bis Ende August
verreist.

Unterreichenbach.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnhausneubau des Herrn E. Hunkeler in
Unterreichenbach sind die

Grab-, Beton-, Maurer- und Stein-
hauer-, Zimmer-, Gipser-, Schreiner-,
Glaser-, Schlosser-, Flaschner-, An-
strich-, Schmied- und Treppenarbeiten
im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne, Arbeitsbeschrieb und Bedingungen sind bei Herrn
Gemeindepfleger Fuhs in Unterreichenbach zur Einsicht
aufgelegt und wolle Angebote nach den einzelnen im Ar-
beitsbeschrieb aufgeführten Positionen bis Donnerstag, den
4. August, mittags 12 Uhr, daselbst eingereicht werden.
Calw, den 30. Juli 1921.

Kohler, Architekt.

Kammerjäger Brindöpke

kommt nach hier und Umgegend und ver-
fügt radikal unter schriftlicher Garantie Ratten,
Mäuse, Wanzen, Schwaben usw. Auch bei
gefüllten Scheunen, Speichern. Wirkung nachweis-
bar innerhalb 24 Stunden. Bestellungen werden
noch in der Geschäftsstelle ds. Blatt. angenommen.

Verloren
ging auf dem Wege von
Hiesau nach Calw ein
Geldbeutel.
mit größerem Inhalt.
Bitte denselben gegen gute
Belohnung abzugeben in der
Geschäftsstelle ds. Blattes.

Welche Familie
im Schwarzwald würde er-
nährungsbedürftiges
Fräulein
in Verpflegung u. Wohnung
nehmen. Angebote mit Preis-
angabe erbet. unt. L. N. 43
Hauptpostlagernd Karls-
ruhe in Baden.

Mais,
Maischrot,
Maismehl,
Zuckermelasse,
empfiehlt
Otto Jung.

Alle
Briefmarken,
lose oder auf Brief, sowie
ganze Sammlungen von Pri-
vatstämmler gesucht. Fr.
H. Andreae, Frankfurt a.
M., Oberlindau 81.

Gardinen!

Moderne Gardinen, abgepaßt und am Stück
Künstler- und Madrasgarnituren — Halb-
und Langstores — Körper-Zugvitragen
Brise-Bises — Breite Gardinen am Stück
Scheiben-Gardinen am Stück — Tüll- und
Körperborden usw. — zu billigen Preisen.

Georg Seruneith, Pforzheim,
Teppich-Haus — Fernsprecher 1817.
jetzt Poststr. 2, 1. Etage, Ecke Leopoldplatz, im Neubau Katzenberger.

Calwer Tagblatt

Wenn Sie eine Zeitung lesen wollen,
die rasch und zuverlässig über alles Wissens-
werte berichtet, dann
bestellen Sie

Das Calwer Tagblatt!

Himbeeren

kauft

Christian Rienzlen, Sulzbach a. d. Murr,
1. württ. Fruchtsaftpresserei u. Obstkonservenfabr. m. Dampfbetrieb.

Verandgefäße können gestellt werden.

Ein weiteres
Mädchen

für Küche und Haus-
haltung sof. gesucht.
Oberes Bad,
Bad Liebenzell

Oberreichenbach.
Schöne billige
Milchschweine
verkauft.
Benjamin Mohr.

Verlaufen
haben sich
2 schwarze Hühner.

Abzugeben bei Kaufmann
Anecht, Suttgarterstraße.
Ein guterhaltener
Rinder-
Rastwagen
ist billig zu verkaufen.
Bad Liebenzell, Schöm-
bergstr. 261, mittler. Stock.

Neues
Weizen-Stroh
hat abzugeben
Ehr. Hägele,
Handelsgärtner.

Etwas Gutes
für Haare und Haarboden ist
Brennessel-Haarwasser
und
Birken-Haarwasser
Zu haben: K. Otto Vinçon!

Bohnen
hat fortwährend abzugeben;
auch nimmt Bestellungen auf
solche z. Einmachen entgegen.
Georg Pfeiffer, Badstr.
Erstmühl.
7 junge
Enten
verkauft
K. Volz.

Ausschneiden!
Friedr. Huber, Masch.-Werkstätte
Unterreichenbach, Fernsprecher 71

macht Ihnen jede Reparatur
an Ihren Maschinen, Appa-
raten aller Art, Automobils
u. Motorrädern, Gebrauchs-
gegenständen;

die Einrichtungen ganz. Neuanlagen;
ferner:

Beforgungen v. Maschinen all. Art
für die Landwirtschaft und
Gewerbe; ferner
techn. Beratungen in jed. Art u. Weise.

Spar- und Consumverein Calw
und Umgegend (e. G. m. b. H.)

Die Rückvergütungs-Scheine

sind in den, in den Verkaufsstellen erhältlichen
Umschlägen, welche vollständig und deutlich
überschrieben sein müssen, bis spätestens
Samstag, den 6. August, abzuliefern.

Der Vorstand.

NB. Markenbeutel werden erst nach der General-
versammlung wieder angenommen.

Achtung!

Das Gute ist das Billigste!

Empfehle für das kommende Kinderfest
schöne Kinderstiefel; ferner **starke Werktag-**
und feine Sonntags-Stiefel, Halbschuhe
in schwarz und braun,
Hauschuhe aller Art.
Bei Bedarf bitte ich meine Ware zu beschaffen.
Kein Kaufzwang.

Karl Stoll, Schuhmacherm. Calw, Haggasse.

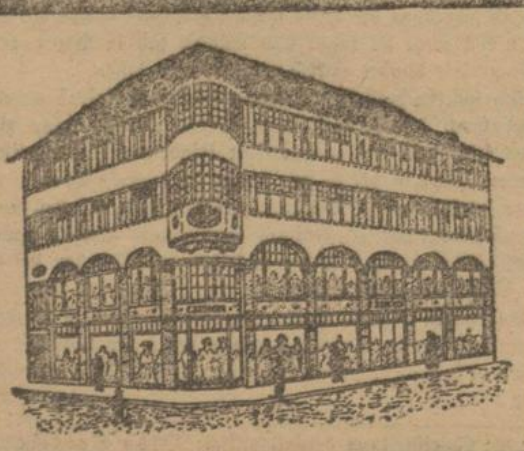
Wasserturbinen

baut seit über 60 Jahren
„MAG“ Maschinen-Fabrik A.-G. Geislingen-Stg.
(Württemberg.)

A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW



Anfertigung
von **Zeitschriften,**
Werken, Prospekten,
Katalogen
usw.



Damen- und Mädchen-
Bekleidung.
Mäntel, Kostüme, Taillenkleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger-
u. Blumenstr.



Nr. 177.

Die ob...

London, 1. Aug.
mittag den Vordm...
George, Lord Curzon
am Sonntag abreise
die Tagung nur we
Minister in London
Rienische Ministerprä
Wählern werden eben

Lloyd Geo...

London, 1. Aug.
George auf eine An
aufe der jüngsten
von dem Wunsch
öberschleifische Frage
und der Bestimmun
Santmorlung von
die Aufgabe der kri
Polen und Deutschla
handlung zuteil wer
das das Verfahren
gang des Obersten
— Selbstverständlich
man gemeinschaftlich
Inbeteln kann.

Barthau, 27. Ju...

durch den polnische
Audienz bei Lloyd G
die Verhältnisse in
Zuteilung der Indu
einen Besuch Korfan

Die englisd...

London, 1. Aug.
Pariser Telegramme
in der öberschleifische
Chronicle" zufolge
Montag beginnende
sein. Die „Times“
ber sei. Dem Pari
die gefundene Böhm
danten. Wie der
die Kommission der
hauptschwierigkeiten
Grenzlinien Oberfch
auf den Karten ver

über die Bee...

Berlin, 2. Aug.
werden die öberschleif
von einer englischen
Hohen Regierung über
zung unterrichten soll.
Höhe Regierung den
über Oberfchleiften un

Rom, 2. Aug. De...

im Senat bei der Besp
Die öberschleifische Fra
häftel. Italien wird
seine eignen taifächte
hitzlich vor allem auf
trag von Versailles w
Italiens). Es wird
Tag legen, sowie den
dem Recht eines jeder
Zufolge, daß man an
glaut Torretta keine

Berlin, 1. Aug.

gen Rittis, führt au
werden, nicht nur we
sch, weil nur ein
stiehl starken Franke
in Freiheit leben t
Kräfte hergestellt sei.

Die angebli...

Genf, 1. Aug. „
Botschafter überreich
für die die Vereinig
Berjailer Vertrages